

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Schröder hält »Verhandlungslösung« mit dem Kreml für möglich](#)
2. [Gaskrise: Alles hängt an der "Propaganda"-Turbine?](#)
3. [„Putins Gas“ und „Deutschlands Kraft“](#)
4. [China erlässt erste Sanktionen](#)
5. [In Taiwan, as in Ukraine, the west is flirting with disaster](#)
6. [„Tiefes Misstrauen“: Lassen die USA Selenskyj fallen?](#)
7. [Zur Freigabe von 100 Haubitzen für die Ukraine: Kein Burgfriede!](#)
8. [Tötung von Al-Kaida-Chef: Was sagt das Völkerrecht dazu?](#)
9. [For the Blind Leftists: The Facts](#)
10. [Karl Lauterbach und Marco Buschmann stellen neue Corona-Maßnahmen vor](#)
11. [Corona: EU unterzeichnet weiteren Vertrag mit Impfstoff-Hersteller](#)
12. [Namhafter Experte kritisiert Votum für den Omikron-Booster](#)
13. [Wer zuerst "Verschwörung!" ruft, hätte gewonnen?](#)
14. [Mehr Profit wagen](#)
15. [Gender-Debatte: Sprachforscher starten Aufruf gegen das Gendern bei ARD und ZDF](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Schröder hält »Verhandlungslösung« mit dem Kreml für möglich**

Nach seinem Besuch in Moskau gibt sich der umstrittene Altkanzler Gerhard Schröder optimistisch, dass Russland durch Gespräche zum Ende des Krieges bewegt werden kann. Deutschland sieht er dabei in der Pflicht. [...]

Der Kreml will eine Verhandlungslösung«, sagte Schröder in einem Interview mit dem Magazin »stern« und dem Sender »RTL/ntv«.

Das jüngst erzielte Abkommen der Kriegsparteien zu den Getreideexporten aus der Ukraine sei ein »erster Erfolg«, den man vielleicht »langsam zu einem Waffenstillstand ausbauen« könne, sagte der Ex-Kanzler. Mit Blick auf die derzeit stillgelegte Ostseepipeline Nord Stream 2 sprach sich der frühere Regierungschef für eine Inbetriebnahme aus. Dies wäre »die einfachste Lösung«, so Schröder. Die Pipeline sei »fertig« und sollte auch durch die Röhre Nord Stream 1 Gas fließen, »gäbe es kein Versorgungsproblem für die deutsche Industrie und die deutschen Haushalte.«

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

2. **Gaskrise: Alles hängt an der "Propaganda"-Turbine?**

Kanzler Scholz beim Ortstermin in Mülheim bei Siemens Energy: Technische Gründe für die Verringerung der Gaslieferungen durch Nord Stream 1 "auf Faktenbasis nicht nachvollziehbar". Ein paar Fragen gibt es aber schon. [...]

Warum ist die Turbine nicht auf dem Weg nach Russland, um an ihren Bestimmungsort, der Gasverdichterstation in Portovaya, zu gelangen? Und: Sollte die Gasturbine dort ankommen, würde dann wieder über Nord Stream 1 mehr Gas nach Deutschland geliefert werden?

Der Streit über die Turbine, von manchen schon als "Propaganda-Turbine" getauft, ist derart von Vorwürfen und Informationslücken gezeichnet, dass es schwerfällt, eine klare Sicht auf eine Angelegenheit zu bekommen. Einmal weil sie von technischen und vertraglichen Voraussetzungen bestimmt wird, und dann ist sie auch noch in die Mühlen einer Auseinandersetzung zu Kriegszeiten geraten.

In den Zusammenfassungen der Medien zum Ortstermin des Kanzlers bei Siemens Energy in Mülheim an der Ruhr dominieren die Vorwürfe an Russland.

Quelle: [Telepolis](#)

3. **„Putins Gas“ und „Deutschlands Kraft“**

Die deutsche Geschichte provoziert die Frage: „Wie war das bloß möglich?“. Dem so zum Ausdruck gebrachten Unverständnis, warum ein Volk einer politischen Führung folgen kann, die dessen Interessen schädigt, schafft ein Blick in die Hauptmedien Abhilfe.

Musste man auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht reagieren? Die Antwort auf diese Frage heißt unzweideutig „JA“. Dieser Krieg bringt Tod, Leid und Elend über die ukrainische Bevölkerung – und über diese Tatsache kann man nicht mit einem Achselzucken hinwegsehen.

Damit hat sich allerdings nicht die Frage nach dem „WIE“ erledigt: Die Frage nämlich, welches Ziel man mit welchen Mitteln zu erreichen gedenkt. Jedenfalls ist die Zielvorgabe unserer Außenkriegsministerin, „Russland ruinieren“ zu wollen, keine legitime Reaktion auf die russische Aggression.

Wer solche Ziele formuliert, der muss sich, wie Hans-Rüdiger Minow richtig schreibt,

den Vorwurf einer rassistisch motivierten „Vernichtungshetze“ gefallen lassen. Und ein solcher Rassismus grassiert in den deutschen Medien.

Quelle: [Makroskop](#)

4. **China erlässt erste Sanktionen**

Verärgert hat man in Peking auf den Besuch der US-Spitzenpolitikerin Nancy Pelosi in Taiwan reagiert. Als Reaktion auf den Besuch Pelosis in Taiwan hat die chinesische Regierung erste wirtschaftliche Sanktionen erlassen, um den Machtanspruch auf den Inselstaat im Pazifik zu unterstreichen.

Bereits vor dem gestrigen Besuch der 82-Jährigen stoppte China die Einfuhren einiger taiwanesischer Lebensmittelhersteller nach Festland-China. Heute verkündete die Regierung in Peking weitere Sanktionen: So sei der Export von Sand nach Taiwan ab sofort eingestellt, teilte das chinesische Handelsministerium mit. Dieser wird unter anderem in der Bauindustrie verwendet. (...)

Zudem sei die Einfuhr von Zitrusfrüchten, gefrorenem Makrelenfilet und gekühltem Fisch der Sorte Haarschwanz aus Taiwan von heute an untersagt, erklärte der chinesische Zoll.

Wie lange die Beschränkungen gelten und ob es bei diesen Sanktionen bleibt, ist bislang nicht bekannt. Denn womöglich sind diese Sanktionen erst der Anfang. Für Taiwans Wirtschaft könnte das dramatische Folgen haben, denn China ist der größte Handelspartner Taiwans.

Quelle: [tagesschau](#)

Anmerkung Christian Reimann: Sand ist nicht lediglich für die Bauindustrie wichtig, sondern auch ein wichtiger Rohstoff für die Chipherstellung. Und Taiwan gilt als wichtiger globaler Hersteller ...

dazu: **Mainland suspends export of natural sand to Taiwan**

Chinese mainland's suspension of natural sand exports to Taiwan will have an impact on the latter's chip manufacturing industry, according to a former vice-minister of commerce.

Wei Jianguo, who is now vice-president of the China Center for International Economic Exchanges, said Taiwan currently consumes around 90 million metric tons of natural sand in a year, among which one third are from the Chinese mainland.

Quartz sand, a type of natural sand, is an important raw material for chip manufacturing, and Taiwan is a major global supplier for chips, Wei said.

Quelle: [China Daily](#)

dazu auch: **Beijing gibt Kontra**

Nach Pelosi-Besuch: China probt mit Manöver Blockade Taiwans. Situation in Region

angespannt

Im Schutz der Dunkelheit, ohne offizielle Ankündigung und ohne Empfang: Pelosi war am Dienstag abend wie eine Kleinkriminelle, die bei Nacht um das Haus schleicht und feige durch das Hinterfenster steigt, auf der Insel gelandet. So sieht »regelbasierte« Außenpolitik in der »freien Welt« aus. Während ihres etwa 19stündigen Aufenthaltes traf die Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses unter anderem mit der »Präsidentin« Taiwans, Tsai Ing-wen, in Taipeh zusammen. Die verlieh der 82jährigen die höchste zivile Auszeichnung des Landes, den »Orden der glückverheißenden Wolken«. Zum Dank lobte Pelosi Taiwan dafür, »eine der freiesten Gesellschaften der Welt« zu sein.

Chinas Außenminister Wang Yi verurteilte Pelosis Aktion als »böswillige Verletzung des Ein-China-Prinzips und der Souveränität Chinas«. Am Rande eines Treffens der ASEAN-Staaten in Phnom Penh forderte er Washington am Mittwoch auf, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik einzumischen. In Beijing wurde zudem bekanntgegeben, dass gegen einige Politiker, Stiftungen und Unternehmen auf der Insel, die »Taiwan abspalten« wollen, Sanktionen erlassen werden.

Auch die deutsche Botschafterin in Beijing, Patricia Flor, wurde einbestellt. Auf dem Kurznachrichtendienst Twitter schrieb sie am Dienstag im Anschluss, »Deutschland steht zur Ein-China-Politik« – ohne daraus Konsequenzen ziehen zu wollen, hätte sie hinzufügen können. China hatte mit der Einbestellung auf Äußerungen von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock reagiert, die China am Montag vor einem »Bruch des internationalen Rechts« warnte.

Die UNO bekräftigte derweil am Dienstag ihre Unterstützung für das Ein-China-Prinzip. Stéphane Dujarric, Sprecher des UN-Generalsekretärs António Guterres, wies darauf hin, dass die Volksrepublik laut Resolution 2758 die einzige rechtmäßige Vertreterin Chinas bei den Vereinten Nationen ist.

Quelle: [junge Welt](#)

5. In Taiwan, as in Ukraine, the west is flirting with disaster

Arguments in the foothills of war are always the same. Those for war shout loudest and beat their chests, eager for tanks to rumble and jets to roar. Those against are dismissed as wimps, appeasers and defeatists. When the trumpets sound and the drums beat, reason runs for cover.

The visit to Taiwan of the US congressional speaker, Nancy Pelosi, has been so blatantly provocative it seems little more than a midterm election stunt. She declares it "essential that America and her allies make clear that we never give in to autocrats". China's gross overreaction is a classic example of precipitate escalation. Yet when Joe Biden asserted that the US would defend Taiwan militarily, the president's office

instantly backtracked, reasserting a policy of “strategic ambiguity”. It remains the case that no one quite believes the US will go to war over Taiwan – so far. A similar ambiguity infuses the west’s attitude towards Russia over Ukraine. The US and Britain reiterate that Russia “must fail and be seen to fail”. But can Russia really be relied on to tolerate ever greater destruction of its armaments without escalation? The west seems set on holding Ukraine to a drawn game, hoping to postpone some horrific penalty shootout. All Russia can do is perpetrate ever more atrocities to keep its team in play. Suppose it escalates something else? These are the same uncertainties that overwhelmed European diplomacy in 1914. Quelle: [The Guardian](#)

dazu auch: **«Die Taiwan-Politik der USA erhöht das Risiko eines Weltkriegs»**
Nancy Pelosis Besuch in Taiwan hat die weltpolitischen Spannungen verschärft. Politologie-Professor Peter Beinart warnt davor.

Die USA machten bisher im Stillen Schritte, die Beziehungen zu Taiwan zu «normalisieren». Nun ist es mit der Reise von Nancy Pelosi, der Vorsitzenden des US-Repräsentantenhauses, zum Inselstaat zu einem öffentlichen Eclat gekommen. Bereits im letzten Sommer löschten die Demokraten die Bezeichnung «Ein-China» von ihrer Plattform, im Januar war ein Vertreter Taiwans zum ersten Mal zu einer Inauguration eines US-Präsidenten eingeladen. Im April kündigte die Administration von Joe Biden an, die jahrzehntealten Beschränkungen der Kontakte zwischen der US-Administration und der taiwanesischen Regierung zu lockern.

«Diese Politik erhöht das Risiko eines katastrophalen Krieges», sagt Peter Beinart, Professor der politischen Wissenschaften von der City University in New York. In der «New York Times» forderte er jüngst Biden auf, Taiwan weiterhin militärisch zu unterstützen, jedoch an der jahrzehntelangen «Ein-China-Doktrin» festzuhalten. Diese «Fiktion» habe sich bewährt und den beiden Grossmächten USA und China erlaubt, ihr Gesicht zu wahren. Die «Ein-China-Politik» trage in einer der gefährlichsten Regionen der Welt seit Jahrzehnten dazu bei, Frieden zu bewahren.

Quelle: [Infosperber](#)

6. „Tiefes Misstrauen“: Lassen die USA Selenskyj fallen?

Die New York Times liefert eine bemerkenswerte Enthüllung: Das Verhältnis des Weißen Hauses zum ukrainischen Präsidenten ist offenbar zerrüttet.

Einer der wichtigsten US-Journalisten, Tom Friedman von der New York Times (NYT), enthüllt in seiner aktuellen Kolumne in der NYT: Die US-Regierung hat massive Probleme mit dem Präsidenten der Ukraine, Wolodymyr Selenskyj. Friedman, der in den Entscheidungsgremien der Demokraten und im Regierungsapparat in Washington

hervorragend vernetzt ist, schreibt: „Im privaten Gespräch sind US-Beamte viel besorgter über die Führung der Ukraine, als sie zugeben. Zwischen dem Weißen Haus und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj herrscht tiefes Misstrauen – erheblich mehr als bisher berichtet.“

Friedman nennt die jüngsten Personalentscheidungen von Selenskyj „seltsame Vorgänge“ und schreibt: „Am 17. Juli entließ Selenskyj die Generalstaatsanwältin seines Landes und den Leiter des Inlandsgeheimdienstes – die bedeutendste Erschütterung seiner Regierung seit der russischen Invasion im Februar. Das wäre so, als würde Biden am selben Tag Merrick Garland und Bill Burns feuern.“

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

7. Zur Freigabe von 100 Haubitzen für die Ukraine: Kein Burgfriede!

Mit der Entscheidung, dem Rüstungskonzern Krauss Maffei Wegmann (KMW) die Herstellung von 100 Panzerhaubitzen 2000 für den Export in die Ukraine zu genehmigen, ist die angebliche „Zurückhaltung“ der Bundesregierung im Ukrainekrieg endgültig passé. Vor einem halben Jahr galt in Deutschland noch der Konsens, dass in Kriegsgebiete keine Waffen zu liefern seien. Freilich: für westliche oder „prowestliche“ Kriegstreiber waren auch hier schon Ausnahmen die Regel. Jetzt hingegen ist offen eine „Zeitenwende“ angesagt.

Zum dritten Mal binnen 110 Jahren rücken deutsche Haubitzen gen Osten vor. Es wird zwar Jahre dauern, bis alle von der Ukraine bestellten Geschütze produziert sein werden. Womöglich hofft man in den NATO-Stäben, dass der Krieg so lange andauert. An der Hamburger Bundeswehr-Universität wird jedenfalls schon frohlockt, der Krieg schaffe „die für westliche Armeen wertvolle strategische Währung der Einsatzerfahrung“. Leistung und Nutzung der Waffensysteme könne man nun unter Einsatzbedingungen studieren, vergleichen und perfektionieren. Wie bequem, dass es diesmal ukrainische Soldaten sind, die sie bedienen. Gewinnen sie, gewinnt „der Westen“ mit. Sterben sie, sterben sie allein. Vorerst jedenfalls.

Denn mit jeder „schweren“ Waffe, mit jeder direkten Lieferung an die Ukraine, rückt Deutschland näher an den Status einer direkten Kriegspartei heran beziehungsweise verlässt „den gesicherten Bereich der Nicht-Kriegsführung“. Das hatte der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages schon vor Monaten mit Blick auf die Lieferung schwerer Waffen und die Ausbildung an ihnen festgehalten. Doch die Verlockung, es „den Russen“ zu zeigen, hat endgültig Oberhand gewonnen über die Einsicht, dass Russland aus Europa nicht wegzukriegen sein wird, dass es eine Zeit nach dem Krieg geben wird, in der Deutschland mit Russland leben muss, trotz des völkerrechtswidrigen Angriffs auf die Ukraine.

Neben der materiellen forcieren die regierenden Politiker auch die mentale Aufrüstung der Gesellschaft. Wer einen Stahlhelm trägt, dem fehlt der freie Blick auf

Risiken, Nebenwirkungen – und Alternativen. Verhandlungen mit Russland fordern nur „Putinverstehler“, und wenn die eigene Bevölkerung im Winter sanktionsbedingt friert, dient das unserer Freiheit, so das Mantra des neuen inneren Militarismus. Gegen diesen verordneten Burgfrieden aber aufzubegehren ist eine der dringendsten Aufgaben der linken Kräfte in diesem Land!

Quelle: [Sevim Dagdelen in unsere zeit](#)

8. **Tötung von Al-Kaida-Chef: Was sagt das Völkerrecht dazu?**

„Der Gerechtigkeit wurde Genüge getan“ – verkündete US-Präsident Biden nach der Tötung des Al-Kaida-Chefs. Doch war das überhaupt rechtens? Experten sagen, der Angriff habe nicht dem Völkerrecht entsprochen.

Elf Jahre nach Osama bin Laden haben die Vereinigten Staaten auch seinen Nachfolger getötet. Die USA hätten erfolgreich in Afghanistans Hauptstadt Kabul einen Luftschlag ausgeführt, der den Emir der Terrorgruppe Al Kaida, Aiman al-Sawahiri, getötet habe, bestätigte US-Präsident Joe Biden. Zivile Opfer habe es nicht gegeben.

Nach Angaben der US-Regierung in Washington seien für den Schlag gegen den Al-Kaida-Chef keine amerikanischen Kräfte in Kabul gewesen. Al-Sawahiri sei durch einen gezielten Drohnen-Angriff getötet worden – quasi geräuschlos per Fernsteuerung. Bei bin Laden war das 2011 anders: Er war in Pakistan bei einem Einsatz von einer US-Spezialeinheit getötet worden.

Wie schon nach der Exekution Osama bin Ladens stellt sich jetzt auch mit Blick auf al-Sawahiri die Frage: Gibt es eine rechtliche Grundlage für das Vorgehen der Vereinigten Staaten? Oder anders: Durften sie den Terrorchef einfach töten? Die USA argumentieren mit ihrem „Krieg gegen den Terror“ und setzen in diesem Rahmen auch auf „gezielte Tötungen“ wie jetzt.

Allerdings können solche „gezielten Tötungen“ überhaupt nur im Ausnahmefall zulässig sein.

Quelle: [tagesschau](#)

9. **For the Blind Leftists: The Facts**

Realistically speaking, all hope is lost for opponents of the occupation and apartheid. The data from the election survey among young voters, which were recently publicized on the Friday evening „Ulpan Shishi“ TV news magazine, leave no room for doubt. Among voters aged 18 to 22, 70 percent define themselves as center-right or right-wing; 46 percent are all-out right-wing. For the sake of comparison, only 10 percent describe themselves as left-wing.

The young people give the Benjamin Netanyahu bloc 71 seats. On their chart of Knesset seats, Religious Zionism, the party of kahanist lawmaker Itamar Ben-Gvir and far-right lawmaker Bezalel Smotrich, is the second-largest party, with 14 seats. That's

more than Yair Lapid's Yesh Atid, whose strength is reduced by half. Meretz belongs to the past, and doesn't even cross the electoral threshold of 3.25 percent of votes. The Labor Party is wavering on this threshold, with a paltry four seats.

The political tie has been broken in this population group. These young people are Israel's real future.

Quelle: [Haaretz](#)

Anmerkung Albrecht Müller: *Hochinteressant und deprimierend zugleich.*

10. **Karl Lauterbach und Marco Buschmann stellen neue Corona-Maßnahmen vor**
Maskenpflicht in Fernverkehr und Heimen, Autonomie für die Länder: Die Bundesministerien für Gesundheit und Justiz haben die Corona-Pläne für Herbst und Winter vorgelegt.

Die Bundesministerien für Justiz und Gesundheit haben ihre Pläne für die Corona-Regeln im Herbst und Winter vorgelegt. Darin sind einerseits Maßnahmen enthalten, die bundesweit gelten sollen. Hinzu kommen weitere optionale Beschränkungen, die die jeweiligen Parlamente der Bundesländer beschließen können. Die entsprechende Anpassung des Infektionsschutzgesetzes soll nach Angaben beider Ministerien noch im August vom Bundeskabinett beschlossen werden und dann vom 1. Oktober an bis zum 7. April 2023 gelten.

Quelle: [Zeit Online](#)

dazu: **Länder kritisieren Infektionsschutzgesetz: »Alles wird von einer FDP blockiert«**

Mehrere Landesregierungen sind mit dem neuen Entwurf zum Infektionsschutzgesetz nicht zufrieden. Thüringens Ministerpräsident Ramelow gibt der FDP die Schuld. [...] Lucha kritisierte, dass es nicht die Möglichkeit gebe, bei verschärfter Infektionslage im Extremfall sogenannte 2G- oder 3G-Beschränkungen oder Kontaktbeschränkungen im privaten und öffentlichen Raum einzuführen. Auch stellte der Minister die Frage, ob es sinnvoll sei, Ausnahmen von einer möglichen Maskenpflicht in Innenräumen für geimpfte und genesene Personen zuzulassen, wenn diese möglicherweise auch ansteckend sein können.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

Anmerkung André Tautenhahn: *Baden-Württembergs Gesundheitsminister hat also erkannt, dass Geimpfte und Genesene auch ansteckend sein können und findet es daher nicht gut, wenn diese Gruppe von der Maskenpflicht in Innenräumen befreit wäre. Gleichzeitig kritisiert er aber auch die fehlende Möglichkeit, 2G- und 3G-*

Beschränkungen verhängen zu dürfen. Wer in dieser Argumentation noch irgendeinen Sinn erkennen kann, ist zu bewundern.

11. **Corona: EU unterzeichnet weiteren Vertrag mit Impfstoff-Hersteller**

Die EU-Kommission hat eine Vereinbarung mit dem spanischen Pharma-Unternehmen Hipra über den Kauf eines Corona-Impfstoffs für Auffrischungsimpfungen unterzeichnet. Die EU-Mitgliedstaaten können demnach insgesamt bis zu 250 Millionen Dosen des Vakzins kaufen, wie die Kommission am Dienstag mitteilte. Der proteinbasierte Impfstoff von Hipra ist den Angaben zufolge als Auffrischungsimpfung für Menschen ab 16 Jahren vorgesehen.

Corona-Impfstoff Hipra ist von der EMA noch gar nicht zugelassen (...)

Deutschland beteiligt sich nicht an dem Gemeinschafts Kauf.

„Angesichts der Zunahme der Covid-19-Infektionen in Europa müssen wir bestmöglich Vorsorge treffen, bevor die Herbst- und Wintermonate anbrechen“, erklärte EU-Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides. Der Hipra-Impfstoff sei „eine weitere Ergänzung“ des bereits breiten Impfstoffportfolios der Europäischen Union. Spaniens Regierungschef Pedro Sánchez begrüßte die Unterzeichnung des Vertrags als Zeichen für eine baldige Zulassung des Mittels.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen geriet zuletzt wegen Intransparenz bei den Impfstoff-Deals in die Kritik. So sollen angeblich wichtige Chatverläufe zwischen von der Leyen und Pfizer-Chef Albert Bourla gelöscht worden sein. Ursula von der Leyen hatte mit dem Pfizer-Chef über die 1,8 Milliarden Dosen Corona-Impfstoff via Textnachrichten verhandelt. Die New York Times berichtete darüber im April 2021.

Mehrere EU-Parlamentarier hatten sich zudem immer wieder darüber empört, keine genauen Einsichten in die Verträge zwischen EU und Pharmaunternehmen zu erhalten.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

Anmerkung Christian Reimann: *Es sollen also erneut öffentliche Gelder in die Hände privater Unternehmen – hier der Pharmaindustrie – umverteilt werden. Die EU-Kommissionspräsidentschaft der Frau von der Leyen dürfte sich inzwischen vor allem für große Konzerne und deren Investoren jenseits des Atlantiks gelohnt haben. Ansonsten ist sie [eine Katastrophe für Europa](#), die eindeutig für die [Politik der Stärke und Abschreckung gegenüber Russland](#) steht.*

12. **Namhafter Experte kritisiert Votum für den Omikron-Booster**

Pfizer und Moderna hätten wichtige Daten nicht vorgelegt. Trotzdem kaufen die USA Impfstoff in Milliardenhöhe.

Vor rund einem Monat, am 28. Juni 2022, traf sich das Impf-Beraterkomitee der US-Arzneimittelbehörde FDA zu einer Telekonferenz. Es ging um die Frage, ob die FDA für den Herbst Booster-Impfungen zulassen soll, die zusätzlich eine Komponente enthalten, die sich gegen Omikron richtet. Dieser neue mRNA-Impfstoff enthält sowohl die bisherige mRNA gegen die Wuhan-1 Variante von 2019 als auch eine mRNA gegen die Omikron-Variante. Fachleute sprechen von einem «bivalenten» Impfstoff.

Normalerweise bekommen die Berater einige Tage vor einem solchen Treffen mehrere hundert Seiten Dokumente zum Lesen. Diese liefern einen gründlichen Überblick und wichtige Informationen zu den Experimenten und Studien, die vorgängig mit dem Impfstoff gemacht wurden. Aufgrund dieser Daten wägt das Gremium den möglichen Nutzen gegen den möglichen Schaden ab.

In diesem Fall aber lief es anders.

Quelle: [Infosperber](#)

13. **Wer zuerst "Verschwörung!" ruft, hätte gewonnen?**

Gegenseitige Vorwürfe verschworener Gemeinschaften beidseits wachsender sozialer und medialer Spaltungen: Wie möglicherweise anstehende Sozialproteste im Vorhinein geframed werden.

In etlichen reichweitenstarken Medien, die weder als boulevardesk noch als alternativ gelten, lassen sich derzeit recht ähnliche Beiträge finden, mit Blick auf die relativ klar negativ konnotierende Einordnung demnächst womöglich anstehender Sozialproteste gegen die Regierungspolitik vor allem bezogen auf Aspekte wie Krieg, Energiekrise, Umwelt, Inflation und weiteren Sozialabbau.

Exemplarisch seien hier zwei erstaunlich ähnliche Beiträge im Überblick kritisiert – aus dem gedruckten Spiegel und ebenfalls in Printversion aus dem RND. Neben dem Framing etwaiger künftiger Demonstrationen als tendenziell rechtsextrem sowohl durch Regierungspolitik als auch durch Sicherheitsbehörden und Leitmedien ist bemerkenswert, dass hier ziemlich lupenrein "Verschwörungstheorie" praktiziert wird – also genau das, was Vertreter etablierter Medien ihren "Gegnern" immer wieder gerne vorwerfen.

Quelle: [Telepolis](#)

14. **Mehr Profit wagen**

Wohnungskonzern Vonovia verzeichnet in Halbjahresreport kräftige Ausbeute. Weitere Gewinnsteigerungen geplant

Zuletzt riefen sie nach einem Inflationsausgleich durch steigende Mieten. Die Heizung sollte heruntergefahren werden, um angesichts der steigenden Energiepreise Kosten zu sparen. Doch tatsächlich sprudeln die Gewinne beim größten deutsche

Wohnungskonzern Vonovia fröhlich weiter, die sich ausbreitende Krise hinterlässt dort keinen Kratzer im Lack. Am Mittwoch vermeldete der Immobilienriese einen Gewinn von 1,063 Milliarden Euro für das Halbjahr 2022 – ein Zuwachs von 36,3 Prozent in sechs Monaten. Im gesamten Jahresverlauf 2021 hatte der Konzern 1,7 Milliarden Euro Gewinn verbucht. Profitieren konnte der Immobilienhai, dem knapp 500.000 Wohnungen alleine in der Bundesrepublik gehören, durch steigende Mieten im Halbjahr, das Wachstum führt man in der Bochumer Konzernzentrale besonders auf die Übernahme der Deutschen Wohnen im vergangenen Jahr zurück.

Quelle: [junge Welt](#)

dazu: **Vonovia will Wohnungen im Wert von 13 Milliarden Euro verkaufen**

Der Immobilienkonzern Vonovia profitiert von der Übernahme der Deutsche Wohnen: Im ersten Halbjahr steigerte der Konzern seine Profite massiv. Die Mieten erhöht Vonovia trotzdem – und will viele Wohnungen loswerden.

Quelle: [DER SPIEGEL](#)

15. **Gender-Debatte: Sprachforscher starten Aufruf gegen das Gendern bei ARD und ZDF**

Ideologisch und falsch: Rund 80 Wissenschaftler fordern eine Abkehr von gendergerechter Sprache im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Sprachwissenschaftler aus ganz Deutschland positionieren sich gegen geschlechtergerechte Sprache im öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR). Die sogenannte Gender-Sprache sei ideologisch, missachte gültige Rechtschreibnormen und produziere „sozialen Unfrieden“. Die Unterzeichner fordern in ihrem Aufruf deshalb „eine kritische Neubewertung des Sprachgebrauchs im ÖRR auf sprachwissenschaftlicher Grundlage“. Zuerst hatte die Zeitung Die Welt über den Aufruf berichtet.

Seit 2020 habe die Verwendung der gendergerechten Sprache im ÖRR in erheblichem Maße zugenommen. Angefangen habe diese Sprachpraxis damit, dass das generische Maskulinum als diskriminierende Sprachform bewertet wurde, was laut den Unterzeichnern falsch sei. Ein Maskulinum wie „Mensch“ könne eine Frau bezeichnen, das Femininum „Person“ einen Mann. Ebenso könne ein generisches Maskulinum wie „die Kunden“ Menschen jeglichen Geschlechts bezeichnen.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)